

Rundgebung der deutschen Volksräte Südoft-Oesterreichs.

Die am 18. März d. J. in Klagenfurt versammelten Vertreter der deutschen Volksräte von Untersteiermark, Kärnten, Krain, Triest und Küstenland haben nach eingehender Beratung der schwebenden politischen, nationalen und wirtschaftlichen Fragen nachstehende **S u n d g e b u n g** beschlossen:

Im Namen der von uns vertretenen Gebiete erklären wir mit allem Nachdruck, daß wir nach wie vor an den Forderungen des deutschen Osterprogramms, insbesondere an den Forderungen nach **S o n d e r s t e l l u n g** Galiziens unter Ausscheidung der galizischen Vertreter aus dem Reichsrat und Festlegung der deutschen Staatsprache festhalten.

Von den Zeitlägen, die der deutsche Nationalverband im Dezember 1916 veröffentlicht hat, erachten wir jene, welche die Regelung der Sprachenfrage betreffen, für unzureichend und bedenklich, weil die Festlegung wesentlichster Bestimmungen einer ungewissen Zukunft überlassen wird. Mit Entschiedenheit verwahren wir uns auch gegen die die deutschen Minderheiten gefährdenden Schulvorschlüge dieses Programms.

Ebenjowenig kann das Programm der deutschen Arbeitspartei, bei aller Würdigung der darin erhobenen sozialen und wirtschaftlichen Forderungen, unsere Zustimmung finden, weil den böllischen Interessen des deutschen Volkes in Oesterreich nicht entsprechend Rechnung getragen wird und in Verlehnung der tatsächlichen Verhältnisse unter Außerachtlassung aller bisherigen Erfahrungen die **e i n v e r s t ä n d l i c h e** Regelung des Sprachengebrauches im gemischtsprachigen Gebiete für möglich gehalten wird.

Unter schärfster Verwahrung gegen den vom Abg. Steinwender eingenommenen Standpunkt, der sich geradezu mit der vorbedingungslosen Einberufung des Parlaments abfindet und dem die Mehrheit des deutschen Volkes durchaus nicht zustimmt, fordern wir von den deutschen Abgeordneten im gegenwärtigen Zeitpunkt die entschiedene Vertretung der im Osterprogramm festgelegten Grundforderungen, in der Ueberzeugung, daß nur ein auf diesem Wege arbeitsfähig gemachtes Parlament auch die bevorstehenden großen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben ersprießlich lösen kann.

In der gleichen Sitzung gelangte unter anderem auch die Frage des Unterrichtes in den Nationalitätensprachen zur Erörterung. Es wurde übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß an die Lösung dieser Frage,

deren Wichtigkeit allseitig anerkannt würde, nicht herangetreten werden kann, bevor nicht feststeht, in welchem Umfange die deutsche Sprache als Staatssprache festgelegt und als Schulsprache an den nichtdeutschen Volks- und Mittelschulen eingeführt wird.

Auch die **Z u k u n f t** Triests als österreichischer Reichshafen und südliches Ausfallstor des mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes bildete einen Gegenstand der Aussprache. Im Sinne der schon im Osterprogramm erhobenen Forderung wird das nachdrückliche Verlangen gestellt, daß mit dem kommenden Schuljahr die **d e u t s c h e** **S c h i f f s a h r t s s c h u l e** in Triest eröffnet werde.